Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5314 (neu)**
16. Wahlperiode 10. 05. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht
des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Monika Knoche, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/121 –

Das Mandat für die Operation Enduring Freedom beenden – Einsätze des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan einstellen

A. Problem

Im Rahmen des Bundestagsmandats für die deutsche Beteiligung an den Anti-Terror-Operationen Enduring Freedom (OEF) und Active Endeavour (OAE) finden auch Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan statt. Dessen Auftrag, Terroristen auszuschalten und gefangen zu nehmen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten, lässt nach Ansicht der Antragsteller auf eine direkte oder indirekte Beteiligung an der Festnahme von Personen schließen, die von den US-Streitkräften in Lagern wie Guantánamo unter menschenunwürdigen und völkerrechtswidrigen Verhältnissen festgehalten werden.

Weder der Umfang der KSK-Einsätze noch die genauen Einsatzgebiete sind dem Deutschen Bundestag bekannt. Eine solche Geheimhaltung widerspricht den Antragstellern zufolge dem Konzept der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Dieser Mangel an demokratischer Kontrolle könne nicht mit dem Sicherheitsbedürfnis des KSK begründet werden. Vielmehr sei anzunehmen, dass verfassungs- und völkerrechtswidrige Aktivitäten der KSK verschleiert werden sollen.

Insgesamt seien ein Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages und eine Verteidigungssituation gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen nicht gegeben. Statt militärischer Maßnahmen sei eine weltweite Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus erforderlich, die auf einer Förderung sozialer und politischer Rechte sowie einer Verringerung von Armut, Bildungsnotstand und Arbeitslosigkeit basiert.

Vor diesem Hintergrund halten es die Antragsteller für geboten, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die Einsätze des KSK in Afghanistan unverzüglich zu beenden und den Abzug der Bundeswehrkontingente im Rahmen von OEF und OAE insgesamt einzuleiten. Die für den militärischen Einsatz vorgesehenen Finanzmittel seien für zivile Projekte vor Ort zu verwenden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/121 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Bernd Schmidbauer** Berichterstatter	**Detlef Dzembritzki** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
	Wolfgang Gehrcke Berichterstatter	**Jürgen Trittin** Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Bernd Schmidbauer, Detlef Dzembritzki, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/121** in seiner 92. Sitzung am 30. März 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 9. Mai 2007

Bernd Schmidbauer Berichterstatter	**Detlef Dzembritzki** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
Wolfgang Gehrcke Berichterstatter	**Jürgen Trittin** Berichterstatter	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333